

Raus aus militärischer Denke

BETRIEBSRÄTE...

UKRAINE-KRIEG – Ziel muss die Abrüstung bleiben in Europa

Krieg mitten in Europa – das stellt auch ver.di vor Herausforderungen. „Es erreichen uns jeden Tag Hilferufe unserer Kolleginnen und Kollegen, ihr Leben ist bedroht“, berichtet der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Die Gewerkschaftshäuser in den Teilen der Ukraine, in denen der Krieg noch nicht tobe, seien wichtige Anlauf- und Versorgungsstellen für die Binnenflüchtlinge. ver.di versucht zu unterstützen, wo es geht. Für Kriegsflüchtlinge, die bereits in Deutschland sind, werden einige der ver.di-Bildungsstätten geöffnet.



BRUTALER ANGRIFFSKRIEG

Der Krieg rüttelt aber auch an der Friedenspolitik der Gewerkschaft. Frieden schaffen ohne Waffen, keine Waffenexporte in Krisengebiete – das steht angesichts des brutalen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine nun in Frage. Zwei Stunden diskutierte der ver.di-Gewerkschaftsrat auf seiner Sitzung am 24. März darüber. „Putin hat mit seinem Angriff auf die Ukraine das politische Koordinatensystem grundlegend verändert“, sagt der ver.di-Vorsitzende. Doch so nachvollziehbar das erhöhte Sicherheitsbedürfnis in den Nachbarstaaten Russlands und auch in der deutschen Bevölkerung sei, dürfe das nicht zu einer Spirale rein militärischen Denkens führen. Und auch nicht zu einem neuen Rüstungswettlauf. „Unsere Perspektive muss ein Europa mit weniger Waffen blei-

ben, insbesondere durch den Abbau atomarer Bewaffnung“, so Werneke.

Handlungsbedarf gebe es bei der Bundeswehr durchaus. Ausrüstung, der Zustand von Kasernen und die Attraktivität als Arbeitgeber, da müsse etwas passieren, sagt Werneke auch. Aber das ließe sich alles mit dem bestehenden Haushalt von 50 Milliarden jährlich bewältigen. Eine Rechtfertigung für einen dauerhaft höheren Militärhaushalt, wie es die Bundesregierung mit dem 2-Prozent-Ziel erreichen will, gibt es für den ver.di-Vorsitzenden nicht. Mehr Wachstum und Wohlstand führte so immer automatisch zu mehr Militär.

Ein Sondervermögen zu schaffen – wie von der Regierung geplant –, ergebe dennoch Sinn. Die öffent-

liche Daseinsvorsorge müsse nicht nur für die Geflüchteten ausgebaut werden. Um unabhängiger von Gas- und Ölimporten zu werden, brauche es mehr Tempo beim Ausbau von Wind- und Sonnenenergie und von Wasserstofftechnik. Und wo das Geld dafür herkommen soll, ist für ihn auch klar: „Es ist jetzt endlich an der Zeit, dass sich auch die Reichen und Superreichen an den finanziellen Herausforderungen angemessen beteiligen.“ *pewe*

... werden übrigens zurzeit auch noch gewählt. Diese Wahlen sind durch den Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen, die er auch auf das Leben hierzulande und weltweit hat, scheinbar etwas in den Hintergrund gerückt. Doch die betriebliche Mitbestimmung ist wichtig. In einigen Betrieben sind die Wahlen schon abgeschlossen, die neuen Betriebsräte haben sich schon konstituiert. In anderen machen die ver.di-Listen und -Kandidat*innen noch kräftig Wahlkampf. Denn die Folgen des Krieges sind und werden auch in den Betrieben zu spüren sein. Und da brauchen die Beschäftigten starke Vertretungen ihrer Interessen. Daher in jedem Fall wählen gehen, denn jede Stimme zählt. *hla*

**betriebsratswahlen.
verdi.de**

Spendenkonto Gewerkschaften helfen e.V.

Nord LB
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX
Stichwort:
Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

Kein Gedöns

„Und deswegen gehört zu einer Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts auch eine feministische Sichtweise. Das ist kein Gedöns! Sondern das ist auf der Höhe dieser Zeit.“

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen, kündigt in einer Bundestagsdebatte an, den Blick auch auf alle Opfer von Kriegen zu weiten

ERHÖHUNG

Renten steigen deutlich
Nachhaltigkeitsfaktor wird wieder eingesetzt

SEITE 2

ENTLASTUNG

Fruchtbarer Boden
ver.di begrüßt Maßnahmen der Bundesregierung

SEITE 3

SICHERHEIT

Deutlich mehr Geld
Druck durch Warnstreiks brachte den Durchbruch

SEITE 4

S+E

Weitere Streiks provoziert
Keine Annäherung in der zweiten Runde

SEITE 5

SONNTAG

Nichtig oder bezuglos
Anlass muss mehr Gäste anziehen als geöffnete Läden

SEITE 6

UKRAINE

Sicherheit hat Priorität
Hilfe für Angehörige von HHLA-Beschäftigten in Odessa

SEITE 7

ver.di-Positionen
zur Arbeitszeit

(red.) Der ver.di-Bundesvorstand hat 2021 „Leitlinien für Gute Arbeitszeitgestaltung“ als ver.di-Position beschlossen und veröffentlicht. Sie beinhalten Positionen und Ansätze, die in den verschiedenen Branchen, in denen ver.di-Mitglieder organisiert, entwickelt worden sind. Sie bieten Orientierung in arbeitszeitpolitischen Auseinandersetzungen auf betrieblicher ebenso wie auf politischer Ebene. Sie umfassen die vielschichtigen Anforderungen an eine humane Gestaltung der Arbeitszeit. Dazu zählt Qualität bezogen auf eine gute Arbeitsorganisation und angemessene Leistungsanforderungen. Aber auch Souveränität im Sinne von Gestaltungsspielräumen gehört ebenso dazu wie Schutz in mehrfacher Hinsicht. Zusätzlich werden Praxis-Beispiele sowie weitergehende damit zusammenhängende Ansätze und Forderungen dargestellt. Historische Stationen der Arbeitszeitentwicklung, wichtige Gesetze und Urteile sowie aktuelle Daten zur Arbeitsrealität im Dienstleistungssektor ergänzen die Ausführungen.

LEITLINIEN FÜR GUTE ARBEITSZEITGESTALTUNG. VER.DI-POSITIONEN ZUR ARBEITSZEIT, HERAUSGEGEBEN VON DER TARIFPOLITISCHEN GRUNDSATZABTEILUNG VOM DEM BEREICH INNOVATION UND GUTE ARBEIT. 144 SEITEN. DOWNLOAD UNTER [KURZLINKS.DE/wi3w](https://www.kurzlinks.de/wi3w). EINZELEXEMPLAR UNTER INNOVATION@VERDI.DE.

Renten steigen deutlich

RENTENERHÖHUNG – Nachhaltigkeitsfaktor wird wieder eingesetzt

(red.) Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, hat jüngst eine deutliche Erhöhung der Renten zum 1. Juli angekündigt. Im Westen steigen sie um 5,35 Prozent, im Osten um 6,12 Prozent. Im Rahmen dieser Anpassung wirkt das Wiedereinsetzen des Nachholfaktors. Damit setzt die Ampelkoalition ein Versprechen aus ihrem Koalitionsvertrag um.

„Damit passt das Sicherungsniveau vor Steuern, das sogenannte Rentenniveau, wieder zur Haltelinie von 48 Prozent“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundesarbeitsministeriums. Die für die Rentenanpassung relevante Lohnsteigerung beträgt nach Daten des Statistischen Bundesamtes 5,8 Prozent in den ‚alten‘ und 5,3 Prozent in den ‚neuen‘ Bundesländern. „Darüber hinaus wird die beitragspflichtige Entgeltentwicklung der

Gemeinsamer Aufruf

DGB, ver.di und die IG Metall haben gemeinsam mit den Sozialverbänden SoVD, VdK, Der Paritätische Gesamtverband, Volkssolidarität und Caritas die Bundesregierung aufgefordert, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente im Bestand schnellstmöglich umzusetzen. Das hatte die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Damit hatten die drei Parteien eine langjährige Forderung von Gewerkschaften und Sozialverbänden aufgegriffen. „Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese Vereinbarung schnellstmöglich umgesetzt wird und zu einer deutlichen finanziellen Besserstellung von rund 2,9 Millionen Menschen in Deutschland führt“, heißt es in dem jüngst veröffentlichten Aufruf. Mehr zu dem Aufruf unter [kurzlinks.de/z0e1](https://www.kurzlinks.de/z0e1)

Versicherten berücksichtigt, die für die Einnahmensituation der gesetzlichen Rentenversicherung entscheidend ist. Diese hat in diesem Jahr eine deutlich positive Wirkung, weil auch Zeiten der Kurzarbeit verbucht werden“, heißt es weiter in der Mitteilung.

Der Nachholfaktor sorgt dafür, dass die nicht vorgenommene Ren-

tenminderung des vergangenen Jahres mit der Rentenerhöhung verrechnet wird und damit die Rentenanpassung der tatsächlichen Lohnentwicklung folgt. Der „Ausgleichsbedarf“ beträgt ein Minus von 1,17 Prozent und wird mit der diesjährigen Rentenanpassung abgebaut.

Der Rentenwert Ost steigt mit der angekündigten Erhöhung auf 98,6 Prozent des Westwerts; bislang lag er bei 97,9 Prozent. Das Bundesarbeitsministerium kündigte an, in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Er soll auch Verbesserungen für Beziehende*innen beinhalten.

Alle Termine zu den Organisationswahlen unter

[orgawahlen.verdi.de](https://www.orgawahlen.verdi.de)

Mitglieder ohne Internetzugang können die Termine bei den jeweiligen Bezirken erfragen.

DIE PRESSE-SHOW

„Man sieht, dass das Patriarchat am aggressivsten ist, wenn es in der Defensive ist. Das sehen wir jetzt, wo Putin seinen Krieg möglicherweise verliert“, schreibt die britische Feministin Laurie Penny auf *Spiegel online* am 19. März. Sie zitiert Putin mit dem Satz über die Ukraine: „Ob es dir gefällt oder nicht, meine Schöne, du musst es erdulden.“ Für Penny droht Putin darin der Ukraine mit Vergewaltigung. „Die Ukraine soll sich einfach hinlegen und den russischen Eindringling hereinlassen. Aber die Ukraine hat das nicht getan. Darum hat Putin entschieden: Wenn ich nicht bekomme, was ich will, werde ich gewalttätig und mache euch platt. Der Wiederaufbau wird viel Arbeit sein, überall auf der Welt, nicht nur in der Ukraine. Es ist der Wiederaufbau einer zerstörten Welt, die Männer in Schutt und Asche gelegt haben, weil sie sie nicht besitzen können“, so Penny.

Auch auf *Spiegel online* berichtet aus dieser Welt täglich Yevgenia Beloruset, eine ukrainische Fotografin und Künstlerin, in ihrem Tagebuch aus Kiew. „Hier in Kiew, wenn man täglich Freunde, Bekannte und Fremde trifft und dem einen oder anderen hilft, kann man mit den Ereignissen und Nachrichten, die eigentlich unerträglich sind, noch irgendwie leben“, schreibt sie am 25. März. Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon über vier Wochen an. Beloruset fährt fort: „Die Unruhe der Tage und der ständige Luftalarm strukturieren die Zeit und mischen sich mächtig in den Gedankenstrom ein, der immer wieder versucht, etwas Schmerzhaftes auszuwählen, um an diesem Schmerzpunkt wie an einer Haltestelle stehenzubleiben.“

In der *taz am Wochenende* vom 26./27. März veröffentlicht die ukrainische Historikerin Ljuba Dany-

lenko Auszüge aus ihrem Tagebuch: „Eine anekdotische Geschichte versetzt uns in bessere Stimmung: Eine Frau sieht, als sie ihre Heimat in der Sumy-Region verlässt, einen frei laufenden Husky. Der streunende Hund tut ihr leid, er kommt ihr verlassen vor. Sie läuft ihm hinterher, schafft es, ihn zu fangen, und packt ihn in den Kofferraum ihres Wagens. Als ein extra geholter Tierarzt die Heckklappe aufmacht, sieht er voller Staunen einen Wolf. So viel zum Mut ukrainischer Frauen.“ Danylenko war zu Beginn des Krieges mit ihrem fünfjährigen Sohn in die Karpaten nach Rumänien geflohen und ist wieder in die Ukraine zurückgekehrt. „Alle Frauen wollten zum 8. März, dem Frauentag, nur das eine Geschenk. Nicht das Kriegsende – nein sie wollen den Sieg“, schreibt sie. Mit der Wehrhaftigkeit der Frauen hat Putin sicher nicht gerechnet, als er auch ihnen drohte. *Petra Welzel*

Fruchtbarer Boden

ENTLASTUNG – ver.di begrüßt Maßnahmenpaket der Bundesregierung

(red.) Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem sie insbesondere Familien und Steuerzahlende wegen der stark angestiegenen Energiekosten entlasten will. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke nannte in einer ersten Stellungnahme das Paket „einen begrüßenswerten Schritt zur Entlastung für viele Familien und Steuerzahler mit geringem und mittlerem Einkommen“.

„Wir sind froh, dass manche unserer Vorschläge auf fruchtbaren Boden gefallen sind“, sagte Werneke. Dabei hob er den Kinderbonus und die Einmalzahlung für Grundsicherungsempfänger*innen hervor. Er kündigte an, dass ver.di die Durchführung des Entlastungspakets positiv begleiten werde. Sollte es die Lage der Menschen in Deutschland erfordern, werde ver.di zusätzliche Maßnahmen vorschlagen.

Auch die im Maßnahmenpaket der Regierung vorgesehene dreimonatige Verbilligung des Öffentlichen

Personennahverkehrs (ÖPNV) bewertete ver.di als positiv. Sie trage neben den weiteren vorgesehenen Maßnahmen zu einer Entlastung der Bevölkerung bei und erhöhe zudem die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs.

Eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV, wie sie – unabhängig vom Entlastungspaket – schon lange auch von ver.di gefordert werde, dürfe jedoch nicht nur von kurzfristiger Dauer sein. Um das Ziel einer Mobilitätswende zu erreichen, sei die Verkehrsministerkonferenz (VMK) gefordert. ver.di erwarte von der Konferenz der Verkehrsminister*innen der Länder Verabredungen zu einer Strategie für die Mobilitätswende.

„Es ist unbedingt richtig, den ÖPNV attraktiver zu machen, aber wir brauchen endlich Konzepte, die weiterreichen als nur ein paar Monate“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Sie ist im ver.di-Bundesvorstand

unter anderem für den Bereich Verkehr zuständig. Bund und Länder hätten schon mit den ÖPNV-Rettungsschirmen 2020 und 2021 gezeigt, dass sie in der Lage seien, mehr Geld für den ÖPNV in die Hand zu nehmen. Das sei notwendig, um eine echte Verkehrswende zu schaffen.

„Dem politischen Ziel einer Verdopplung des ÖPNV bis 2030 sind wir noch keinen Schritt nähergekommen. Die Verkehrsministerkonferenz muss jetzt die Weichen für eine gemeinsame Strategie zur Verkehrswege stellen. Dazu gehören Angebotsausbau, Investitionen in die Infrastruktur und vor allem attraktive Arbeitsbedingungen, um den Fachkräftemangel zu beenden“, betont Behle. Die 90-Tage-Ermäßigung müsse genutzt werden, um auf dem Weg zur Mobilitätswende ein großes Stück weiter zu kommen. ver.di erwarte, in diesen Prozess einbezogen zu werden und stehe zur Unterstützung bereit.



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN DER
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Irgendwas ist immer

Die Bundesregierung will die Bürger*innen entlasten von den stark gestiegenen Energiekosten. Ein Teil der höheren Preise spiegelt sich in unserer täglichen Mobilität wider. Die Steuern auf Diesel und Benzin sollen befristet abgesenkt werden, wer den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nutzen kann, soll 90 Tage lang für neun Euro im Monat unterwegs sein können. Sofort kommen die Kritiker*innen ans Licht. Denjenigen, die ein Auto mit hohem Verbrauch nutzen, geht das nicht weit genug – aber warum müssen sie Spritschlucker fahren? Wer auf dem Land wohnt, hat nicht viel vom günstigen ÖPNV – denn dort gibt es kaum Angebote. Doch sollte man jetzt erst mal nutzen, was geboten wird. Die Verkehrswende ist zwar überfällig, aber jetzt auch nicht in zwei Wochen aus dem Boden zu stampfen. Wir sollten sie jetzt nur noch dringlicher angehen. Die herrschende Situation zeigt, wie dringend sie nötig ist.

Komfortable Mehrheit

SAARLAND – Große Verluste bei CDU und Linkspartei

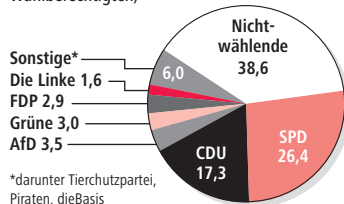
(hla) Schon der Blick auf die Stimmengewinne und -verluste macht klar, dass sich bei der Landtagswahl im Saarland einiges verschoben hat. Die SPD konnte 13,9 Prozentpunkte zulegen, am Ende hat es mit 43,5 Prozent der offiziellen Stimmen sogar zu einer komfortablen absoluten Mehrheit gereicht.

Große Verluste haben hingegen die CDU mit einem Minus von 12,2 und die Linkspartei mit einem Minus von 10,3 Prozentpunkten hinnehmen müssen. Die Linkspartei im Saarland hat damit den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Sie gilt als zerstritten. Kurz vor der Wahl hatte zudem noch ihr Mitbegründer, der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei, Oskar Lafontaine, seinen Rückzug aus der Politik und seinen Parteiaustritt erklärt.

Bei der CDU hat auch der Amtsinhaber-Bonus von Ministerpräsident Tobias Hans nicht gezogen. Noch am Wahlabend wies CDU-Generalsekretär Mario Czaja jegliche Mitverantwortung der Bundes-CDU

Wahl zum Landtag des Saarlands 2022

Die realen Stimmenanteile (in Prozent aller Wahlberechtigten)



*darunter Tierchutzpartei, Piraten, dieBasis

Wahlbeteiligung



Quelle: Statistisches Amt Saarland, eigene Berechnungen; Vorläufiges Ergebnis vom 27.03.22

für das Wahlergebnis zurück. Es sei nicht um Bundesthemen gegangen, sondern nur um saarländische Inhalte. Daher sei er optimistisch für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW, die noch in diesem Frühjahr anstehen.

Verloren haben trotz Zugewinnen die Grünen und die FDP. Sie scheiterten jeweils knapp an der Fünf-

Prozent-Hürde, die Grünen sogar nur mit wenigen Stimmen. Als dritte Partei zieht die AfD in den Landtag ein, sie kam trotz eines Verlusts von 0,5 Prozentpunkten noch auf 5,7 Prozent der Wähler*innenstimmen. Damit wird künftig die SPD in Saarbrücken allein regieren. Sie hat mit 29 Sitzen sieben mehr als CDU (19) und AfD (3).

Dieser große Vorsprung trotz eines Gesamt-Stimmenanteils von 43,5 Prozent liegt auch daran, dass Grüne und FDP fast zehn Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, aber am Parla-mentseinzug gescheitert sind. Hinzu kommen weitere zehn Prozent, die eine breite Masse an „Sonstigen“ auf sich vereinen konnte. Damit findet fast ein Fünftel der abgegebenen Stimmen kein Abbild im Parlament. Hinzu kommen mehr als 38 Prozent der Wahlberechtigten, die von vornherein auf ihre Stimmabgabe verzichtet hatten.

Der Artikel bezieht sich auf das vorläufige Wahlergebnis.

Deutlich mehr Geld

Digitale Arbeit

(red.) Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung im Arbeitsleben weiter beschleunigt. In vielen Betrieben und Verwaltungen verändern sich Tätigkeiten und Abläufe – und dadurch auch die Arbeitsbedingungen. Diese Prozesse sollten Interessenvertretungen gemeinsam mit ver.di frühzeitig im Sinne der Beschäftigten und vor allen Dingen auch mit ihnen gestalten. Dazu hat der Bereich Innovation und Gute Arbeit und die Tarifpolitische Grundsatzabteilung einen Ratgeber in der Reihe „Praxis gestalten“ herausgegeben. Er enthält Empfehlungen für Maßnahmen, die im Zuge von Digitalisierungsprozessen für Gute Arbeit sorgen sollen.

Qualifizierung, Arbeitszeit, Gesundheitsschutz und Beschäftigungssicherung sind dabei wichtige Bereiche, die die Akteur*innen in den Blick nehmen sollten. Dabei stellt der prozesshafte Charakter der Digitalisierung sie vor besondere Herausforderungen. In diesem Ratgeber werden auf der Basis von Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht die gesetzlichen Möglichkeiten für betriebliche Interessenvertretungen dargestellt.

DIGITALE ARBEIT. VERÄNDERUNGSPROZESSE TARIF- UND BETRIEBSPOLITISCH GESTALTEN, REIHE „PRAXIS GESTALTEN“, 106 SEITEN. DOWNLOAD UNTER [KURZLINKS.DE/ps7b](https://www.kurzlinks.de/ps7b). EINZELEXEMPLARE KÖNNEN BESTELLT WERDEN UNTER [INNOVATION@VERDI.DE](mailto:innovation@verdi.de)

LUFTSICHERHEIT – Druck durch Warnstreiks brachte den Durchbruch

(pm) In der sechsten Verhandlungsrunde ist der Damm gebrochen. Der Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) hat sich mit ver.di auf ein Tarifiergebnis für die rund 25000 Sicherheitskräfte an den deutschen Verkehrsflughäfen verständigt. Die Vereinbarung setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen. Für die unterschiedlichen Tarifgruppen gibt es unterschiedliche Erhöhungen in drei Stufen, die im Jahr 2022 zwischen 4,4 und 7,8 Prozent liegen. Zusätzlich wurde vereinbart: Die Angleichung der Löhne Ost an West wird am 1. Januar 2024 abgeschlossen.

Das bringt den Beschäftigten deutliche Lohnsteigerungen. Auch das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit an jedem Verkehrsflughafen“ wird am 1. Januar 2024 Wirklichkeit. Bei den Tätigkeiten mit behördlicher Prüfung wurde

ebenfalls ein Angleichungsschritt bei der Lohnerhöhung erzielt. Zudem konnte die niedrigere Bezahlung in der Probezeit oder beim Berufseinstieg beseitigt werden. Und auch die Blockadehaltung der Arbeitgeber gegen eine rückwirkende Lohnerhöhung wurde durchbrochen.

Im Vorfeld der vierten und fünften Verhandlungsrunde hatten die Beschäftigten im März mit Warnstreiks bundesweit auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Dabei kam es an zahlreichen Flughäfen zu langen Warteschlangen, die Passagier*innen waren genervt von Flugverzögerungen.

„Die große Beteiligung an den Warnstreiks in den vergangenen Wochen hat uns in den Verhandlungen gestärkt und den Arbeitgebern verdeutlicht, dass sie einen echten Schritt auf die Beschäftig-

ten zugehen mussten“, sagte ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Pieper. Erstmals hätten sich auch viele Beschäftigte in der boomenden Frachtabfertigung an den Arbeitskämpfen beteiligt. „Nach drei von Warnstreiks begleiteten Tarifrunden haben die Arbeitgeber verstanden, dass die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft ver.di bei Bedarf bereit und in der Lage sind, bessere Tarifverträge auch durchzusetzen.“ Mit diesem Abschluss gelinge es jetzt, die Lohnbedingungen in der Luftsicherheitsbranche und die Arbeit trotz ungünstiger Arbeitszeiten und zahlreicher betrieblicher Probleme attraktiver zu gestalten, so Pieper. Die Arbeitgeber sollten sich klar darüber sein, dass Luftsicherheit nur funktionieren, wenn genügend Beschäftigte für diese Tätigkeit zur Verfügung stünden.

T A R I F L I C H E S

H&M – (red.) Mit vielen Streiks und Aktionen haben sich die Beschäftigten von H&M eine Verhandlungszusage des Arbeitgebers erkämpft. Am 31. März ist der erste Termin, an dem über einen Digitalisierungstarifvertrag verhandelt wird. Ziel von GBR, Bundestarifkommission (BTK) und ver.di ist es, tarifliche Lösungen zu schaffen, mit denen Digitalisierung in einem ständigen Verbesserungsprozess an den Interessen der Beschäftigten gemessen und an die Bedürfnisse von H&M angepasst werden kann. Der Schlüssel zum Erfolg liegt nach Ansicht der BTK in einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Arbeitgeber, ver.di und den Betriebsräten bereits in der Planungsphase, bevor Technik eingeführt wird.

AOK – (pm) Für die rund 50 000 Beschäftigten der gesetzlichen Krankenkasse AOK und des IT-Dienstleisters ITSCare gibt es ein Tarifiergebnis. ver.di und die Tarifgemeinschaft der AOK (TG AOK e.V.) haben sich auf eine Corona-Prämie in Höhe von 1100 Euro verständigt, Azubis und Dual-Studierende bekommen 550 Euro. Die Prämie soll noch im März ausgezahlt werden,

damit ist sie steuer- und sozialabgabenfrei. Zum 1. Dezember sollen die Vergütungen um 3,1 Prozent steigen, für die unteren Vergütungsgruppen gibt es einen Sockelbetrag. Azubis bekommen 50 Euro pro Monat mehr. Neben den vermögenswirksamen Leistungen wurde auch der jährliche Gesundheitszuschuss angehoben. Ebenso hat man sich auf einen Tarifvertrag zum Fahrradleasing und eine Vorteilsregelung für ver.di-Mitglieder verständigt. Die Vergütungsvereinbarung hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

Das Ergebnis gilt allerdings vorerst nicht für die Beschäftigten der AOK Nordost (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern), die nach dem Willen des dortigen Arbeitgebers weder Tabellensteigerungen noch eine Corona-Prämie erhalten sollen. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle kündigt an, in regionalen Tarifverhandlungen weiter für eine einheitliche Vergütung aller AOK Beschäftigten zu streiten.

POSTBANK – (pm) Die 15 000 Postbank-Beschäftigten im Deutsche Bank-Konzern erhalten ab dem 1. Juni 3,1 Prozent mehr Gehalt, ab

dem 1. Februar 2023 werden weitere 2,1 Prozent mehr monatlich gezahlt, aber mindestens 100 Euro. Azubis bekommen zu den genannten Zeitpunkten insgesamt 100 Euro mehr. Im Mai und im Januar 2023 wird eine Einmalzahlung von jeweils 750 Euro ausgezahlt, für Azubis liegt sie bei jeweils 200 Euro.

Azubis, die ihre Ausbildung 2022 oder 2023 mit einem Durchschnitt von 2,6 oder besser beenden, werden in ein unbefristetes Angestelltenverhältnis übernommen. Der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen wurde bis zum 31. Januar 2024 verlängert. Die Umwandlungsoption von Geld in Freizeit wird bis Mitte 2024 fortgeführt, ebenso die Vereinbarung, nach der bis zu 60 Prozent mobile Arbeit möglich sind. Beschäftigte ab 56 Jahren können bis zu neun Jahre Altersteilzeit in Anspruch nehmen, auch als Blockmodell. Die Altersteilzeitvergütung wird um 35 Prozentpunkte aufgestockt. Die Tarifkommissionen Postbank Klassik und Postbank Filialvertrieb haben dem Ergebnis zugestimmt, jetzt werden noch die ver.di-Mitglieder bei der Postbank dazu befragt.

Weitere Streiks provoziert

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE – *Keine Annäherung in zweiter Runde*

(ml) Auch bei der zweiten Verhandlungsrunde hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst keine Angebote gemacht. Nicht einmal Ansätze für Kompromisslinien gab es. Sämtliche ver.di-Vorschläge für bessere Arbeitsbedingungen und Aufwertung in Kitas, in der Ganztagsbetreuung, der Sozialen Arbeit und Behindertenhilfe haben sie abgeschmettert. „Mit ihrem Verhalten sind die Arbeitgeber für die Zuspitzung des Konfliktes verantwortlich“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke direkt nach Ende der Verhandlungen.

Weder wollen die Arbeitgeber eine verbindliche Festlegung von Vor- und Nachbereitungszeiten, noch Entlastungstage. Stattdessen sorgen sie sich, wer die Arbeit denn machen soll, wenn die Beschäftig-

ten in Kitas, der Sozialen Arbeit oder der Behindertenhilfe plötzlich die dringend benötigten Zeitfenster für die Dokumentation sowie Vor- und Nachbereitung bekommen sollen.

Schon in der Aufwertungsrunde für die Sozial- und Erziehungsberufe 2015 hat ver.di der VKA erklärt, dass nur bessere Arbeitsbedingungen dazu führen, dass Menschen überhaupt für diese Berufe gewonnen und gehalten werden können. Das scheint noch immer nicht angekommen zu sein, trotz erheblichem Fachkräftemangels. Nach Berechnungen des Deutschen Jugendinstitutes fehlen bis zum Jahr 2025 allein in den Kitas 300 000 Fachkräfte. „In der Sozialarbeit und in der Behindertenhilfe sieht es keinen Deut besser aus“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in einer Presseerklärung. „Ohne eine deutliche

Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes laufen wir sehenden Auges auf chaotische personelle Verhältnisse in Kitas und in den sozialen Einrichtungen zu.“

Der ver.di-Vorsitzende forderte die kommunalen Arbeitgeber auf, die wenigen Wochen bis zur nächsten Verhandlung zu nutzen, um konstruktive Lösungsvorschläge für die prekären Arbeitssituationen der Beschäftigten zu erarbeiten. Er kündigte an, ver.di werde ihre Mitglieder in den nächsten Tagen und Wochen ausführlich über den Stand der Verhandlungen informieren und das weitere Vorgehen beschließen. „Wir sind sicher, dass es vor der nächsten Verhandlungsrunde am 16. und 17. Mai zu heftigen Reaktionen kommen wird“, sagte Werneke. Dann seien weitere Aktionen und Streiks zu erwarten.

mehr-braucht-mehr.de



DIE SOZIALARBEITERIN **AYDAN KARAKAS-BLUTTE** IST MITGLIED DER TARIF- UND DER VERHANDLUNGSKOMMISSION VON VER.DI. SIE IST ZUDEM PERSONALRÄTIN DER STADTVERWALTUNG KASSEL

0 - T O N

Soziale Arbeit unterstützt nachhaltig

Ich habe selbst 20 Jahre im Jugendamt in verschiedenen Bereichen gearbeitet und kenne die Anforderungen in den sozialen Einrichtungen. Die Arbeit und die Verantwortung werden immer komplexer, doch die finanzielle Wertschätzung steigt nicht mit. Die Arbeitsbedingungen sind nicht attraktiv. Wer kann, bewirbt sich auf besser bezahlte Stellen und geht. Außerdem haben wir eine hohe Fluktuation durch die Elternzeit sowie die Altersrente. Das erhöht die Zahl der Kolleginnen, die neu eingearbeitet werden müssen und ist eine weitere große Belastung. Momentan bereiten sich sämtliche Kinder- und Jugendeinrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte und Schulen auf die Integration der geflüchteten Familien vor und werden sie unterstützen. Die geflüchteten Frauen und Kinder sind mit ihren Gedanken bei den Angehörigen, bei Leid und Tod. Sie brauchen jetzt viel soziale und pädagogische Unterstützung von uns.

Zu viel Arbeit – zu wenig Lohn

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE – *Frauenpower vor dem Versammlungshotel*

(ml) Nur knapp über dem Gefrierpunkt liegen die Temperaturen an diesem Montagmorgen. Über 100 Beschäftigte, überwiegend Frauen aus Kindertagesstätten, der Behindertenhilfe und der sozialen Arbeit, versammeln sich in Potsdam vor dem Hotel, in dem kurz darauf die zweite Verhandlungsrunde beginnt. Auf zahlreichen Plakaten machen sie ihre Forderungen nach Aufwertung und Entlastung deutlich. Drinnen im Hotel sitzen im Warmen bereits die Arbeitgeber. Doch die Trommeln und Rasseln können sie auch dort hören.

„Wir brauchen dringend Entlastung für die Beschäftigten in der Behindertenhilfe“, sagt Teilnehmerin Feli draußen. „Wir gehen schon seit Wochen auf dem Zahnfleisch“,

berichtet Kita-Auszubildende Carmen, die zum ersten Mal streikt. „Uns fehlt die Zeit für pädagogische Anleitungen, weil wir ständig in den Gruppen einspringen müssen“, erläutert Kita-Leiterin Paula die Situation. Und Erzieherin Inge betont: „Der Personalschlüssel ist zu knapp, uns fehlen ständig Fachkräfte.“

Es sind eben überwiegend Frauen, die in den Sozial- und Erziehungsdiensten arbeiten. 83 Prozent! Allein in den Kitas sind es fast 95 Prozent. Doch während der Arbeitsdruck und die Verantwortung ständig steigen, mangelt es an ausreichender finanzieller Wertschätzung. Hinzu kommt der wachsende Arbeitsdruck. Wer kann, geht woanders hin oder wechselt in Teilzeit. Als Folge fehlen immer mehr Fachkräfte. Vor Ort

bleibt dadurch noch weniger Zeit für die pädagogische Arbeit, und der Stress nimmt weiter zu.

Genau das aber wollen die Arbeitgeber weder sehen, noch ändern. Da bleibt nur weiterhin geballte Frauenpower. Vor dem Versammlungshotel in Potsdam waren nur 100 Streikende erlaubt. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, streikten allerdings schon 22 000 Kolleg*innen bundesweit, denn es sind mehrheitlich Frauen, die die sogenannte Sorgearbeit machen – und das zu schlechten Bedingungen. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) könnte zumindest für die kommunalen Sozial- und Erziehungsdienste etwas daran ändern. Doch bislang gibt sie sich taub und ideenlos.

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING, JENNY MANSCH

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 6 ERSCHEINT

AM 16. APRIL 2022

verdi.de

AUCH DAS NOCH

Nichtig oder bezugslos

Auffällig überzahlt

SONNTAGSÖFFNUNG – Anlass muss mehr Gäste anziehen als die geöffneten Läden

(dgb-rs) Als Professor*in folgt man dem Ruf einer Universität. Und dem folgte ein Professor von einer Universität zur nächsten und wechselte dabei nicht nur die Arbeitgeberin, sondern auch das Bundesland. An der neuen Uni wurde er zum Universitätsprofessor ernannt und gleichzeitig auch dort wieder in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen. Der Wechsel fand zum 1. September statt. Dennoch zahlte ihm sein bisheriger Arbeitgeber, das Bundesland Rheinland-Pfalz, noch zum 31. August seine Bezüge für den September aus, immerhin 8104,72 Euro. Dem Land fiel der Fehler auf und erließ einen entsprechenden Bescheid. Doch der Professor widersprach. Er hätte das Land rechtzeitig von dem bevorstehenden Wechsel informiert und sei nicht verpflichtet, seine Kontoauszüge zu prüfen. Außerdem hätte er das Geld mittlerweile ausgegeben. Dieser Argumentation konnte das Verwaltungsgericht Koblenz, bei dem der Fall schließlich landete, nicht folgen. Es hätte offensichtlich keinen Rechtsgrund für die Zahlung gegeben – und das hätte der Professor erkennen müssen. „Es gehöre aufgrund der beamtenrechtlichen Treuepflicht zu den Sorgfaltspflichten, bei besoldungsrelevanten Änderungen im dienstlichen oder persönlichen Bereich auf Überzahlungen zu achten“, schreibt der DGB-Rechtsschutz.

Aktenzeichen
5 K 1066/21.KO

dgbrechtsschutz.de

(pm/red) Mitte März hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) entschieden, dass die von ihm entwickelten Kriterien zu anlassbezogenen Sonntagsöffnungen im Grundsatz auch in Berlin anzuwenden sind. Damit hat es die Argumentation des Landes Berlin zurückgewiesen, dass diese wegen der besonderen Bedeutung der Stadt auf Berlin nicht anwendbar seien. Auch künftig seien anlassbezogene Sonntagsöffnungen in der Hauptstadt nur rechtmäßig, wenn die Zahl der von der Anlassveranstaltung selbst angezogenen Besucher die Zahl derjenigen Personen übersteige, die allein der Ladenöffnung wegen kämen. Das gelte auch dann, wenn der räumliche Bereich der Öffnung ausnahmsweise wegen der besonderen Bedeutung der Veranstaltung nicht auf das Umfeld des Veranstaltungsorts begrenzt werden muss.

Die Entscheidung des BVerwG bedeutet in dem konkreten Fall allerdings, dass Sonntagsöffnungen im ersten Halbjahr 2018 als rechtmäßig anerkannt werden. ver.di hatte damals versucht, Ladenöffnungen an drei Sonntagen im ersten Quartal 2018 zu verhindern. Anlässe dafür waren die Grüne Woche und das Sechstagerrennen, die

Berlinale und die Internationale Tourismusbörse (ITB). ver.di hatte argumentiert, dass die bemühten Veranstaltungen keinen Anlass böten, stadtweit auch Elektromärkte und Möbelhäuser zu öffnen. „ver.di sah und sieht in einer derartigen Genehmigungspraxis des Senats einen grundsätzlichen Verstoß gegen das Ladenöffnungsgesetz“, heißt es dazu in einer Pressemitteilung des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg. Dabei sei weniger das Berliner Ladenöffnungsgesetz das Problem, sondern dessen Anwendung.

Das Bundesverfassungsgericht hatte schon 2009 klargestellt, dass weder das Umsatzinteresse von Händler*innen noch das Einkaufsinteresse von Kund*innen eine Ladenöffnung am Sonntag begründen könnte. Allerdings hat der Berliner Senat immer Sonntagsöffnungen genehmigt – auch begründet mit nach Einschätzung von ver.di nichtigen oder bezugslosen Anlässen. Dies sei nicht nur in Berlin der Fall, sodass es in den vergangenen Jahren bundesweit zu einer Reihe von Gerichtsurteilen von Verwaltungsgerichten bis hin zum Bundesverwaltungsgericht gegen eine derartige Öffnungspraxis geführt hat.

Auch wenn in dem konkreten Fall die Revision ver.di abgewiesen wurde, begrüßt die bei ver.di für den Handel zuständige Landesfachbereichsleiterin Conny Weißbach die Klarstellung des BVerwG ausdrücklich: „Mit dem Urteil stellt das BVerwG klar, dass die von ihm entwickelten Grundsätze zu anlassbezogenen Sonntagsöffnungen auch in Berlin anzuwenden sind. Einmal mehr unterstreicht das Gericht damit den Schutz des arbeitsfreien Sonntags.“

Für ver.di habe der Schutz des Sonntags als dem letzten arbeitsfreien Tag im Handel einen sehr hohen Stellenwert. Seit Jahren gebe es ein großes Interesse von großen Handelsunternehmen und ihren Lobbyist*innen, den grundgesetzlich verankerten Schutz des Sonntags zu Fall zu bringen. „Im Interesse der Beschäftigten im Handel, deren Arbeitsbedingungen sich in den vergangenen Jahren durch die Ausweitung der Öffnungszeiten immer weiter verschlechtert haben, stellen wir uns dieser Kommerzialisierung entgegen. Der Sonntag muss im Handel grundsätzlich arbeitsfrei bleiben, Sonntagsöffnungen dürfen nur ausnahmsweise genehmigt werden“, sagte Weißbach.

Aktenzeichen BVerwG 8 C 6.21

NACHRUUF

Otto Ernst Kempen ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Der Jurist hat die juristischen Grundlagen für den Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften zu ver.di geschaffen. Bis 2011 blieb er Rechtsberater des ver.di-Bundesvorstands. Otto Ernst Kempen hatte nach seinem Studium Erfahrung in gewerkschaftlicher Tarifarbeit gesammelt. Ab 1977 wirkte

er für mehr als 30 Jahre an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, wurde 1979 zudem Leiter des Seminars für Arbeits- und Sozialrecht des DGB. Von 1995 bis zur ver.di-Gründung war er Syndikus der Gewerkschaft ÖTV. Zuvor hatte er für die ÖTV Rechtsgutachten verfasst und ihr bei der gewerkschaftlichen Umsetzung der Deutschen Einheit

zur Seite gestanden. Bis ins hohe Alter blieb er den Gewerkschaften verbunden, tritt mit Kompetenz und Engagement für die Zukunft von Mitbestimmung und starken Tarifverträgen. „Otto Ernst Kempen hat sich um die Demokratie, den Sozialstaat und die Gewerkschaften verdient gemacht“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Bundesvorstands.

AKTUELLES URTEIL

OHNE SCHULDHAFTES ZÖGERN

– (dgb-rs) Der Arbeitgeber muss einen Arbeitsausfall rechtzeitig bei der Arbeitsagentur anzeigen, um Anspruch auf Kurzarbeitsgeld zu bekommen. Darauf hat das Sozialgericht Landshut jüngst mit einer Entscheidung aufmerksam gemacht.

Dort hatte die Arbeitgeberin erst im Februar bei der Arbeitsagentur angezeigt, dass ihr Betrieb für November und Dezember aufgrund behördlicher Anordnung im Zuge eines coronabedingten Lockdowns schließen musste. Mit ihrem rückwirkenden Antrag hatte sie keinen Erfolg.

Das Gericht bestätigte dies. „Selbst wenn der Arbeitsausfall auf einem unabwendbaren Ereignis beruhe, so habe die Anzeige dennoch unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, zu erfolgen“, heißt es beim DGB-Rechtsschutz.

Aktenzeichen S 16 AL 66/21

Sicherheit hat Priorität

UKRAINE-KRIEG – Hilfe für Angehörige von HHLA-Beschäftigten in Odessa

(pewe) Schon rund vier Millionen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, sind bereits aus der Ukraine geflüchtet. In Hamburg organisiert Torben Seebold, früher bei ver.di für die Maritime Wirtschaft zuständig, jetzt Personalvorstand der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), die Flucht der Angehörigen der 480 Beschäftigten des Unternehmens im ukrainischen Odessa. Dort betreibt die HHLA im Hafen der Stadt den größten Container-Terminal.

GROßE ANTEILNAHME

Eine Spendenaktion, „Gemeinsam für die Kollegen in Odessa“, wurde ins Leben gerufen. 40.000 Euro seien innerhalb weniger Tage allein an Spenden der Kolleg*innen zusammengekommen, die HHLA wird sie deutlich aufstocken. „Ich bin tief bewegt von der großen Anteilnahme der HHLA-Beschäftigten am Schicksal ihrer Kolleginnen und Kollegen in Odessa“, sagt Seebold.

Seit der Schließung ihres Terminals im Hafen von Odessa infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat die HHLA der Sicherheit ihrer 480 Beschäftigten und deren Familien höchste Priorität eingeräumt. Ein HHLA-Team bestehend aus Mitarbeiter*innen verschiedener Bereiche sowie der Beratungstochter HPC hat den Transport von Rumänien, wohin die geflüchteten Angehörigen gekommen waren, nach Hamburg organisiert. Außerdem kümmert sich der Hilfsstab auch um diejenigen, die mit einem eigenen Auto aus Odessa geflüchtet sind. In Hamburg ist die HHLA zudem mit der Sozialbehörde in Kontakt, um längerfristige Bleibemöglichkeiten für alle Familien zu schaffen.

MIT ZWEI Bussen NACH HAMBURG

152 Angehörige der Kolleg*innen aus Odessa sind vorläufig bei Beschäftigten der HHLA zuhause untergebracht, die ersten 80 Frauen,

Kinder und Großeltern waren am 9. März mit zwei Bussen nach Hamburg gekommen. „Die Familien waren sehr erschöpft, aber auch glücklich endlich angekommen zu sein“, so Seebold. In der Firmenzentrale in der Speicherstadt, wo sie Seebold empfing, habe es sehr emotionale Szenen gegeben. Bereits zu seiner Zeit als ver.di-Sekretär ist Seebold selbst in Odessa bei den Hafenbeschäftigten gewesen.

In Constantia (Rumänien) wurden 94 Angehörige auf eigenen Wunsch in einem angemieteten Hotel untergebracht; sie möchten in der Nähe ihrer Heimat bleiben. HHLA-Mitarbeiter*innen koordinieren an der Grenze zu Rumänien die Hilfe und Weiterreise. Die Beschäftigten vor Ort, die nicht ausreisen können, weil sie überwiegend Männer im wehrfähigen Alter sind, wurden von der HHLA nach Hause geschickt. Die Arbeit im Hafen ruht. Am Container-Terminal selbst sind immer nur zehn Sicherheitskräfte im Dienst. „Die arbeiten 24/7, die sind fertig“, sagt Seebold.

Eine humanitäre Katastrophe

RESOLUTION – ver.di-Gewerkschaftsrat fordert Ende des Angriffskriegs

(red.) Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat bei seiner Sitzung Ende März in Berlin eine Resolution zum Krieg in der Ukraine verabschiedet. Mit einem dringenden Appell fordert das Gremium Solidarität und Unterstützung für die Ukraine ein. Die russische Regierung wird aufgefordert, den Angriffskrieg zu beenden.

INGEKESSELT

„Der Krieg bringt unermessliches Leid über die Menschen und wird mit jedem Tag brutaler und zerstörerischer. Er ist eine humanitäre Katastrophe. Zivilist*innen und Soldat*innen sterben“, heißt es in der Resolution. Hunderttausende von Menschen seien eingekesselt und verletzt, litten Hunger, könnten medizinisch nicht ausreichend versorgt werden. Millionen seien auf der Flucht. Den Angriff auf Nuklearanlagen und weitere Drohungen einer atomaren, chemischen oder biolo-

gischen Kriegsführung verurteilte das Gremium als „unverantwortlich“, die Folgen seien nicht absehbar.

DIPLOMATISCHE LÖSUNG

„Die russische Regierung muss alle Angriffe unverzüglich einstellen, ihre Truppen aus der Ukraine zurückziehen und die territoriale Integrität der Ukraine auf der Grundlage des Abkommens von Minsk wiederherstellen. Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft

dazu auf, weiter mit Hochdruck an einer diplomatischen Lösung für einen sofortigen Waffenstillstand und zur Beendigung des Krieges zu arbeiten.“

Der vollständige Text der Resolution kann unter kurzelinks.de/uf79 heruntergeladen werden.

Kurz nach Ausbruch des Krieges hatte sich ver.di mit einer Solidaritätserklärung direkt an die Ukrainer*innen gewendet. Sie steht auf ukrainisch (kurzelinks.de/ggy1) und deutsch (kurzelinks.de/35et) zur Verfügung.

Spendenkonto

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten geholfen werden kann.

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V.
Nord LB
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX
Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe



VASYL SHILOV, VIZE-PRÄSIDENT DER UKRAINISCHEN GEWERKSCHAFT FÜR DIE SOZIALEN DIENSTE

BERICHT

Ich bin in Kiew

In Kiew wurde eine Ausgangssperre von gestern bis Montag 10 Uhr verhängt. Es herrscht keine Panik in Kiew. Ich war gestern in einer Apotheke, als bekannt gegeben wurde, dass die Bombardierung in 15 Minuten beginnen würde, die Leute, die in der Schlange standen, haben nicht darauf reagiert. Alle blieben in der Schlange stehen. Ich bin erstaunt über den Apotheker, der weiterhin Medikamente ausgab. Gerade haben sie wieder einen Luftangriff ausgerufen, ich bleibe zu Hause, soll ich mit ihr hin? Die Situation ist für jeden anders. Viele haben Kiew verlassen. Ich bin in Kiew geblieben. Ständig ertönt der Fliegeralarm, man hört die Schüsse der Flugabwehrkanonen. Mit einem Wort: Es ist Krieg. Eines Tages wird er so oder so enden. Ich bin in Kiew, in meiner Wohnung. Ich arbeite, übersehe und organisiere humanitäre Hilfe. Jeden Tag füttere ich obdachlose Kätzchen und Tauben. Das ist vielleicht alles, was noch zu tun bleibt.

Vasyls Bericht erreichte uns per E-Mail. In Kiew werden immer noch immer wieder Ausgangssperren verhängt.



SABINE RENNEFANZ: **FRAUEN UND KINDER ZULETZT. WIE KRISEN GESELLSCHAFTLICHE GERECHTIGKEIT HERAUSFORDERN**, CH.LINKS VERLAG, BERLIN, 144 SEITEN, 18 EURO, ISBN 978-3962891497

30 Jahre zurück

BUCHTIPP – *Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frauen und Kinder*

Zwei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie zieht Sabine Rennefanz eine erste Bilanz dieser Zeit. Sie zieht sie als Mutter, als Frau und als politische Journalistin, eine Mischung, die auf 144 Seiten die unterschiedlichen Blickwinkel gut vereint. Dass ihre Bilanz nicht positiv ausfällt, zeigt schon der Buchtitel „Frauen und Kinder zuletzt“.

So sah die damalige Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, SPD, in der Arbeit im Homeoffice noch ein gutes Mittel, um die Folgen von Schulschließungen und fehlenden Kinderbetreu-

ungsmöglichkeiten mit dem Beruf zu vereinbaren. Nach ihrem Rücktritt im Mai 2021 übernahm Bundesjustizministerin Christine Lambrecht, SPD, diese Aufgaben noch zusätzlich – ein weiteres Indiz dafür, dass Frauen und Familien keine sonderlich große Bedeutung zugemessen wird. Zu stark wurde aus dem Blickwinkel der Virologie auf die Krise geschaut. Soziale, mentale und psychologische Folgen der Kontaktbeschränkungen seien eher in den Hintergrund gerückt.

In erster Linie waren es Frauen, die den Laden in der Pandemie am Laufen gehalten haben. In den Familien waren sie es, die sich gekümmert haben. Wie, werden jetzt viele Männer sagen, ich war doch auch zu Hause. Aber in der Realität zeigt sich, dass Frauen immer noch viel der Denk- und Organisationsarbeit zu Hause leisten, immer ansprechbar sind und sich ansprechen lassen, nicht nur in Zeiten der Pandemie. Doch das hat in den vergangenen beiden Jahren noch zugenommen. Die Soziologin Jutta Allmendinger befürchtete schon im Frühjahr 2020 eine Retraditionalisierung, warnte vor einem Verlust von mindestens 30 Jahren Gleichstellung.

Auch im Berufsleben waren es vielfach Frauen, etwa im Handel oder in der Pflege, die für gerin-

ges Entgelt besonders stark gefordert waren. Auf bessere Bezahlung warten sie noch heute. Bei einer Analyse des Konjunkturpakets – vom damaligen Bundesfinanzminister Olaf Scholz, SPD, als Bazooka bezeichnet – kam die Politikwissenschaftlerin Claudia Wiesner zu dem Schluss, das 78 Prozent der Gesamtausgaben in Branchen gegangen sind, in denen überwiegend Männer arbeiten. Bei den Betrie-

ben, in denen überwiegend Frauen arbeiten, kamen nur 4,2 Prozent des Finanzvolumens an.

Bei einer Lesung in Berlin forderte Rennefanz die Frauen auf, ihre Bedürfnisse verstärkt in die öffentliche Diskussion zu bringen, auch wenn sie nach zwei Jahren Mehrfachbelastung in der Pandemie müde sind. Zu dieser dringend notwendigen Diskussion gibt sie mit ihrem Buch einen guten Anstoß. *Heike Langenberg*

PERSONELLES

Bei seiner Sitzung Ende März hat der ver.di-Gewerkschaftsrat **Detlef Raabe** in den ver.di-Bundesvorstand gewählt. Der 50jährige übernimmt von seiner Vorgängerin **Karin Hesse** die Zuständigkeit für Personal, Organisations- und Personalentwicklung, Informationstechnik und Organisationservice sowie

den Betrieblichen Datenschutz. Karin Hesse war mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 zurückgetreten. Raabe leitete bislang den Bereich Organisationspolitik. Der Jurist und Diplom-Verwaltungswirt hatte davor im Tarifsekretariat Öffentlicher Dienst sowie der ver.di Jugend gearbeitet.

TERMIN

ver.di GewerkschaftsPolitische Bildung (GPB) und das ver.di-Bildungszentrum Gladenbach bieten zwei Online-Seminare an. Am 4. April geht es im Gespräch mit dem Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler um Tarifpolitik in Zeiten der Pandemie. Am 7. April spricht

die Politikwissenschaftlerin Natacha Strobl über Corona und die Neue Rechte. Beide Videokonferenzen beginnen um 19 Uhr. Anmeldung bis zum Vortag mit Angabe von Name und E-Mail-Adresse unter biz.gladenbach@verdi.de

Perspektive

„Der von der russischen Regierung begonnene Krieg richtet sich auch gegen unsere Kolleginnen und Kollegen aus Kultur und Medien.“

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz zur Gründung eines Netzwerks, das Geflüchtete aus der Kultur- und Medienbranche aus der Ukraine und Russland unterstützen und ihnen auch eine berufliche Perspektive im Exil bieten will